

VorverLAGERung

- Die Externalisierung des Grenzregimes und Widerstand dagegen -

von Hagen Kopp

Ukraine, Türkei, Nord- und Westafrika: Es ist kein Zufall, wie sich die Be- oder besser Misshandlung von Flüchtlingen und MigrantInnen in den Ländern unmittelbar vor den EU-Außengrenzen ähnelt. Razzien und Refoulement sind tagtägliche Praxis, die europäische Grenzschutzagentur Frontex ist schon im gernüberschreitenden Einsatz oder drängt auf Kooperationsabkommen. Und die Einrichtung von Abschiebe- oder Internierungslagern hat in diesen Ländern überall höchste Priorität: sie werden mit massiver finanzieller und technischer Unterstützung der EU ausgebaut. Der Ring von Pufferstaaten nimmt immer weiter Gestalt an, die Zurichtung der wichtigsten Transitstaaten zu Wachhunden des EU-Grenzregimes läuft auf Hochtouren.

März 2010 in Ushgorod

Die somalischen Flüchtlinge, die wir in der westukrainischen Stadt zum Interview treffen, leben zu zehnt zusammengepfercht in einer kleinen Zwei-Zimmer-Wohnung. Aber im Vergleich zu dem, was sie in den Monaten zuvor in der "Hölle von Chop" erlebt haben, erscheint das fast luxuriös. Chop ist eine kleine Grenzstadt direkt im Dreiländereck zu Ungarn und zur Slowakei. Hier unterhält die ukrainische Grenzpolizei eine Station mit Abschiebeknast. Bis Januar 2010, als zumindest die Zellen renoviert wurden, war die Situation völlig katastrophal: Überbelegung, kaum Sanitäreinrichtungen, nahezu ohne medizinische Versorgung, das Essen ungenießbar. Alle unsere somalischen Interviewpartner waren hier zu unterschiedlichen Zeiten für Monate interniert. Sie hatten es - zu Fuß in kleinen Gruppen - bereits über die grünen Grenzen nach Ungarn bzw. in die Slowakei geschafft, als sie von dortigen Grenzern festgenommen wurden. Ihr Schutzbegehren, zum Teil ausdrücklich als Asylantrag formuliert, wurde bewusst und unter Verletzung aller Flüchtlingskonventionen ignoriert, alle wurden sie als "illegale MigrantInnen" in die Ukraine zurückgeschoben.

Bis zu sechs Monate waren die betroffenen Männer danach unter unmenschlichen Bedingungen in Chop eingesperrt, die Frauen im geschlossenen Teil eines Flüchtlingslagers im nahegelegenen Mukachevo. Mittlerweile haben die ukrainischen Behörden weiter nördlich im westukrainischen Volyn einen zusätzlichen Knast eröffnet. Brandneu und mit EU-Geldern nach EU-Standards eingerichtet, sollen die in Chop Inhaftierten nun nach zehn Tagen hierhin transferiert werden. Doch ein schnellerer Zugang zum Asylverfahren scheint auch in Volyn nicht gegeben, sechs Monate bleiben die meisten Flüchtlinge eingesperrt. Und wer erneut beim Überschreiten der Grenze erwischt wird, auch ein zweites oder drittes Mal.

Kriminalisierung und Abschreckung durch monatelange Inhaftierung ist in der Ukraine zum Regelumgang geworden, zunehmend unter EU-Standards. Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) hat die EU viel Geld für den "Kampf gegen die illegale Migration" bereitgestellt, um die Ukraine zum Pufferstaat auszubauen.

Juli 2010 in Istanbul

Die internationale Solidaritätskundgebung mit über 150 DemonstrantInnen war lautstark und fand unter den Fenstern und im direkten Kontakt mit den internierten Flüchtlingen und MigrantInnen statt. Der Abschiebeknast, bis zum Frühjahr von den türkischen Behörden offiziell als "Guesthouse" bezeichnet, liegt in Kumkapi, mitten in der touristischen Innenstadt der türkischen Metropole. Und die Polizei war offensichtlich nicht darauf vorbereitet, als sich im Rahmen des 6. Europäischen Sozialforums (ESF) Delegationen aus verschiedenen Ländern zur Protestaktion auf den Weg machten.

Über 350 MigrantInnen sind hier eingesperrt, viele aus Afghanistan, Irak oder Iran, aber auch aus afrikanischen Ländern. Die Haftdauer kann über ein oder zwei Jahre dauern und erscheint völlig willkürlich. "Wenn du selber dein Flugticket bezahlst, wirst du abgeschoben, wenn nicht, bleibst du in Haft". In Edirne, nahe der griechischen Landgrenze, existiert ein zumeist völlig überfülltes Abschiebelager mit katastrophalen Haftbedingungen. Hier werden die eingesperrt, die von türkischen Militär beim Versuch der Grenzüberschreitung abgefangen oder von griechischen Grenzern zurückgeschoben wurden. Ähnliches gilt für Izmir, nahe der Küste zu den griechischen Inseln, wo sich ein moderneres geschlossenes Lager befindet. Möglicherweise werden diese Knäste demnächst zu so genannten Screening-Centern umfunktioniert, in denen die wenigen "echten Flüchtlinge" von den vielen "illegalen MigrantInnen" getrennt werden sollen. Dies entspricht dem Konzept der EU, die sieben solcher neuen Lager mitplant und finanziert, darunter auch eines in Van im Osten der Türkei, um schon dort - nicht weit von der iranischen Grenze - Flüchtlinge und MigrantInnen festzuhalten. Die EU-Kandidatur der Türkei ist in vielfältiger Weise umstritten, doch die Bereitschaft der Regierung in Ankara, den migrationspolitischen Vorgaben der EU nachzukommen, gehört zu den Grundbedingungen einer künftigen Mitgliedschaft. Entsprechend wird Druck ausgeübt, und Frontex verhandelt gerade ein Kooperationsabkommen, um in allen Belangen weiteren direkten Einfluss zu nehmen.

Oktober 2010 in Oujda, und von Libyen bis Mauretanien...

"5 Jahre Ceuta und Melilla, 5 Jahre Frontex" - die so betitelte Konferenz Anfang Oktober in Oujda galt dem Gedenken an die Opfer an den Zäunen der spanischen Enklaven. Ein damals beteiligter Flüchtling aus Kamerun berichtete, wie gleichermaßen spanische und marokkanische Grenzpolizisten mit Gummigeschossen und sogar scharfer Munition den kollektiven Sturm auf die Zäune mit aller Gewalt abzuwehren versuchten. Oujda liegt im Osten Marokkos nahe der algerischen Grenze und wurde seitdem zu einem weiteren Brennpunkt der Migration. Denn über diese Stadt laufen die Rückschiebungs-versuche der marokkanischen Behörden in die Wüste nach Algerien, und schon hier bis hin nach Rabat finden seit Jahren immer häufiger Razzien statt, um Flüchtlinge und MigrantInnen festzunehmen und abzuschicken. Die marokkanische Regierung erweist sich als besonders treuer Wachhund der EU-Migrationspolitik, und wie in der Ukraine sind die finanziellen Mittel der Europäischen Nachbarschaftspolitik einer der Hebel, um Druck auf dieses zentrale Transitland in Richtung der iberischen Halbinsel zu machen. Entsprechend agieren - auf bilateraler Ebene - zudem die Migrationsbehörden aus Spanien in Marokko, um diese "Route der Illegalen" so effektiv wie möglich schon weit vor der eigenen Küste und den Enklaven zerstören zu lassen.

Der gleichen Logik der Externalisierung folgt das spanische und europäische Engagement in Mauretanien, einem der Länder, von dessen Küsten sich tausende Bootsflüchtlinge in Richtung Kanarischer Inseln aufgemacht hatten. Nahe der Hafenstadt Nouadhibou wurde mit EU-Geldern ein geschlossenes Lager eingerichtet, in dem einerseits die von Frontex abgefangenen Boatpeople inhaftiert werden. Hier sind aber auch die von Gran Canaria, Teneriffa oder Lanzarote Abgeschobenen interniert, um auf ihre weitere Abschiebung zu warten. "Wer dort landet, kann sich sicher sein: Der Fluchtversuch nach Europa ist beendet."

Und die besondere bilaterale Rolle, die Spanien in Marokko und Mauretanien einnimmt, wird in einem weiteren zentralen Transitland nochmals getoppt: von der italienischen Regierung in Libyen. Dass und wie Berlusconi und Ghadaffi kooperieren, ist ein Skandal an sich, mit tausendfachem Refoulement sind die Flüchtlingskonventionen quasi völlig außer Kraft gesetzt. Doch der besondere Skandal ist, dass die EU-Verantwortlichen dazu zunächst geschwiegen und damit faktisch zugestimmt haben. Mittlerweile verhandelt Frontex ebenfalls mit der libyschen Diktatur, und die EU sucht einen direkten Pakt mit ihrem "neuen Menschenrechtsbeauftragten". In diesem Rahmen wurde nicht nur Geld für die Beschaffung neuer Grenzüberwachungstechnologie locker gemacht. Es geht auch um neue Internierungslager wie jenes in der Wüstenstadt Kufra, in dem abgefangene und abgeschobene Flüchtlinge und MigrantInnen unter unmenschlichen Bedingungen eingesperrt werden.





Bild: <http://desertion.blogspot.de>

Vom Monitoring bis zum Protest: No Lager transnational

Der von einem äthiopischen Flüchtling initiierte Dokumentarfilm schockiert und macht wütend: in ausführlichen Interviews berichten betroffene Männer und Frauen, wie sie u.a. im libyschen Internierungslager in Kufra misshandelt und vergewaltigt wurden. Und wie ein Frontex-Chef davon natürlich nichts wissen will.

Seit zwei Jahren gibt es im Dreiländereck zwischen Ungarn, der Slowakei und der Ukraine ein unabhängiges Bordermonitoring-Projekt, was zu einer - wenn auch bislang begrenzten - Öffentlichkeit über die Menschenrechtsverletzungen an diesem Teil der EU-Ostgrenzen beiträgt. Die erfolgreiche Skandalisierung und letztlich Schließung des Internierungslagers Pagani auf der griechischen Insel Lesbos ist ein Paradebeispiel dafür, wie Flüchtlingskämpfe und Öffentlichkeitsarbeit zusammenwirken können - und hatte auch Auswirkungen in die nahegelegene Türkei. Dort haben sich neben mehreren kritischen Nichtregierungsorganisationen erste Solidaritätsgruppen gebildet, die nun schon mehrfach die Abschiebeknäste zum Ziel von Demonstrationen gemacht haben. Protestveranstaltungen - wie oben erwähnt in Istanbul oder Oujda - erfordern einerseits lokal verankerte Akteure und zum anderen eine bessere transnationale Vernetzung.

Beides hat längst nicht die Stärke, um der brutalen Externalisierungspolitik der EU mit Tausenden von Toten politisch und materiell Paroli zu bieten.

Aber die Ansätze transeuropäischer Solidaritätsstrukturen haben sich in den letzten Jahren verdichtet. Der Webguide des Netzwerks Welcome to Europe reicht nicht zufällig bis in die Länder vor den EU-Außengrenzen und hat einen lebendigen und bisweilen sicher auch hilfreichen Austausch für die praktische Durchsetzung der Bewegungsfreiheit in Gang gesetzt. Und die euro-afrikanische Kooperation von unten steuert im Januar/Februar 2011 mit einer Protestkarawane vom malischen Bamako ins senegalesische Dakar einem neuen ambitionierten Projekt entgegen.

Es gibt keine andere Perspektive als in diesem Doppel auf lokaler bis transnationaler Ebene kontinuierlich weiterzuwirken: einerseits Lager, Refoulement und Frontex immer wieder in Protesten und Kampagnen politisch und öffentlich als brutales Grenzregime einer globalen Apartheid zu denunzieren; und gleichzeitig Strukturen aufzubauen, um die praktischen und sozialen Möglichkeiten zu verteidigen bzw. neu zu eröffnen, um dieses barbarische Migrationsregime zu unterlaufen.